

IN LETZTER MINUTE

Marathon in New York
abgesagt

New York. Der für Sonntag geplante New-York-Marathon ist nun doch abgesagt worden. Nach dem Hurrikan „Sandy“ mit über 40 Toten entschieden sich die Stadtpolitiker am Freitag dafür, den Lauf nicht auszutragen. Am Sonntag sollten 45 000 Läufer an den Start gehen. „Wir wollten verhindern, dass ein Schatten über dem Rennen liegt. Deswegen haben wir entschieden, den Lauf abzusagen“, sagte Bürgermeister Bloomberg. (LW)

SPORT Seite 56

Siehe auch www.wort.luEntscheidungsschlacht
in syrischer Provinz Idlib

Damaskus/Istanbul. Ohne Gnade kämpfen Regierungstruppen und Rebellen um die Kontrolle der syrischen Provinz Idlib an der Grenze zur Türkei. Am Freitag sollen in der Ortschaft Harim, etwa drei Kilometer von der Grenze entfernt, bei einem Angriff der Luftwaffe mehr als 70 Menschen ums Leben gekommen sein. Das meldete die Generalkommission für die Syrische Revolution (SRGC). UN-Experten prüfen unterdessen die Echtheit von Videoaufnahmen, die die Erschießung gefangener Soldaten durch Rebellen in der Kleinstadt Sarakib zeigen sollen. (dpa)

INTERNATIONAL Seite 13

Deville und der Traum
vom Profifußball

Elversberg. Maurice Deville spielt mit Elversberg um den Aufstieg in die dritte deutsche Liga. Er schätzt die Chancen als sehr gut ein. Nicht ganz zufrieden ist der 20-Jährige mit seiner Leistung. Er hat nicht ganz so viele Einsatzzeiten wie noch in der vergangenen Saison. Dies hat allerdings auch damit zu tun, dass er mittlerweile ein fester Bestandteil der Luxemburger Nationalmannschaft ist und deshalb schon einige Spiele in seinem Verein verpasst hat. Alles in allem blickt Deville optimistisch in die Zukunft. (jot)

SPORT Seite 51

Neuer Opel-Chef
soll es richten

Rüsselsheim. Neuer Hoffnungsträger für Opel: Der frühere VW-China-Chef Karl-Thomas Neumann soll den angeschlagenen Autobauer aus der Dauerkrise führen. Der 51 Jahre alte Elektroingenieur will nach Informationen der Nachrichtenagentur dpa im nächsten Sommer seinen Job als neuer Chef der Adam Opel AG in Rüsselsheim antreten. Sein Wechsel an die Spitze der Europatochter des US-Konzerns General Motors wurde auch in Branchenkreisen bestätigt. Unterschrieben sei aber noch nichts, hieß es am Freitag. (dpa)

WIRTSCHAFT Seite 81

VON JOHN LAMBERTY

Geht es an den Gemeinderatstischen des Landes um den Bau von Regenrückhaltebecken in Neubaugebieten, so schlagen die Wellen der Kritik am Wasserwirtschaftsamt regelmäßig (und auch parteiübergreifend) hoch. Als gefahrenvolle Teich- und Sumpfbecken für Kinder, als unhygienische Brutstätten für Insekten und Krankheitserreger sowie als kostspielig und im Vergleich zum Ausmaß der Bebauung oftmals völlig unangemessen sind sie verschrien. In einem offenen Brief an die Minister Halsdorf und Wiseler rückte das 35 Gemeinden umfassende Abwassersyndikat Siden das Thema nun kürzlich ins öffentliche Scheinwerferlicht. Das „Luxemburger Wort“ hakte nach.

Prinzipiell und unabhängig von der Bebauungsfläche benötigt jedes Neubaugebiet, das einem Teilbauungsplan (PAP) unterliegt, seit dem Inkrafttreten des neuen Wassergesetzes 2008 eine wasserrechtliche Genehmigung, die, ungeachtet der vorhandenen, über Jahre gewachsenen Abwasserstruktur, stets den Bau eines Trennsystems samt Regenrückhaltebecken zur separaten Ableitung von Regen- und Abwasser vorschreibt.

Diese Rückhaltebecken können zwar teils unterirdisch errichtet werden, müssen jedoch laut Wasserwirtschaftsamt in jedem Fall ein Volumen von 20 m³ offen (als Graben oder Schacht ohne Abdeckung) gestalten, dies allein, um unweigerlich auftretende Fehlanschlüsse erkennen zu können.

Eine jedes pragmatische Maß überschreitende Vorgabe, wie die Siden-Verantwortlichen um Präsi-

dent Ali Kaes, Direktor Jean-Pierre Feller und Ingenieur Roland Schaack meinen, müssten damit doch beispielsweise schon für kleinste Orte der Größenordnung von ca. 400 Einwohnern bereits rund zwölf solcher offener Punkte gebaut werden – mit allen Nachteilen und Gefahren, die das Siden, aber auch andere anerkannte Institutionen, darunter die Experten anderer in- und ausländischer Fachgremien, das staatliche Gesundheitsamt oder auch die Gewerbeinspektion, anprangern (entsprechende Briefe und Stellungnahmen liegen der Redaktion vor).

Gerade mit Blick auf Sicherheits- und Hygienenormen sei die übergroße Zahl kleinerer Regenrückhaltebecken ein Gefahrenpunkt, so die Siden-Verantwortlichen gegenüber dem „Luxemburger Wort“. Nach Regenfällen seien die offenen Becken oft bis über 50 Zentimeter mit Wasser angefüllt, was bereits zu tödlichen Unfällen geführt habe – im deutschen Heikendorf bei Kiel ertrank im August ein vier Jahre altes Mädchen. Dies sei umso alarmierender, als das Wasserwirtschaftsamt die kombinierte Nutzung der offenen Regenüberlaufbecken in Trockenperioden als Spielplätze hierzulande auch noch fördere. Dabei würden die feuchtsumpfigen Tümpel oftmals rasch von der Vegetation überwuchert, was die Becken gar zu „leicht überschaubaren Fallen“ mache.

Durch fehlerhafte Einspülung von Abwässern, die nicht gänzlich zu verhindern sind, seien die Becken aber auch geruchsintensive Brutstätten für Ungeziefer und Krankheitserreger und dies in direkter Nähe zu Wohnzeilen, so die Siden-Verantwortlichen weiter.

Mehr Flexibilität gefordert

Präsidenten von Syvicol und Aluseau teilen Siden-Kritik

In ihrer Kritik an einer allzu dogmatischen Vorgehensweise des Wasserwirtschaftsamtes in Sachen Regenwasserbehandlung in Neubaugebieten erhält das Abwassersyndikat Siden dieser Tage auch Rücken- deckung seitens der Präsidenten des Syvicol und der „Association luxembourgeoise des services d'eau“ (Aluseau).

„Die oftmalige Diskrepanz zwischen den ideologisch eingeforderten Vorgaben des Wasserwirtschaftsamtes und alternativen, sinnvollen Lösungsansätzen vor Ort sorgt in vielen Gemeinden landesweit für Ärger“, bestätigt Syvicol-Präsident Emile Eicher. Es sei unabdingbar, dass das Wasserwirtschaftsamt mehr Flexibilität und Offenheit bei der Thematik zulasse und die Gemeinden bzw. Syndikate früher in die Planung mit einbinde.

„Das heißt ja nicht, dass man das Prinzip des Trennsystems verteuert oder individuelle Regenrückhaltebecken in größeren Wohnsiedlungen nicht sinnvoll sein können. Sie sind es eben nicht überall“, so Eicher, der allerdings prinzipiell der Meinung ist, dass die Frage der Regenwasserbehandlung in einer

Ortschaft als Gesamtkonzept auf der Ebene des allgemeinen Bebauungsplans (PAG) und nicht erst auf Ebene der Teilbauungspläne (PAPs) geplant werden müsste.

Die inhaltliche Kritik des Siden teilt auch der Vorsitzende des Wasserdienstverbands Aluseau, Raymond Erpelding. Immerhin berufe sich das Siden in weiten Teilen auf ein Positionspapier, das innerhalb der Aluseau entstanden ist (in den Reihen der Aluseau sind u. a. übrigen sowie die kommunalen bzw. interkommunalen Wassersyndikate als auch das staatliche Wasserwirtschaftsamt vertreten).

Nachdem die Problematik rund um die zahlreichen Rückhaltebecken seit Jahren von allen Akteuren des Sektors landesweit beklagt worden und keine Lösung mit dem Wasserwirtschaftsamt möglich gewesen sei, habe man gar nicht mehr anders gekonnt, als nun an die Öffentlichkeit zu gehen, so Erpelding, der aber bedauerte, dass sich der Ton der Debatte mittlerweile so hochgeschaukelt habe. Die Aluseau wolle demnächst aber beraten, wie man sich der Kritik des Siden angemessen anschließen könne. (jl)

Debatte um Regenrückhaltebecken in Neubaugebieten

„Pragmatismus statt Dogma“

Abwassersyndikat Siden wirft staatlichem Wasserwirtschaftsamt vor,



Sinnvolle Struktur oder Gefahrenpunkt? Die Frage der Regenrückhaltebecken in

Nun sei das Wasserwirtschaftsamt zwar durchaus gewillt, solche Schmutzeinspülungen möglichst zu verhindern, zugleich schreibe es aber vor, dass Hofeinläufe und Zufahrtswege zu Garagen zwingend an die Regenwasserleitung angeschlossen werden müssen, was zur Folge habe, dass es etwa mit dem Auto- oder Mähmaschinenwaschen in den Einfahrten der Wohnsiedlungen bald vorbeisein könnte, befürchtet das Siden.

Und letztlich sei eine solche Vielzahl an kleinen Regenrückhal-

tebecken, sowohl im Bau als auch im Betrieb, enorm kostenintensiv und für die Gemeinden nur schwer fachgerecht zu unterhalten, so die Kritiker, die darauf verweisen, dass die Becken meist auf teurem Baugrund errichtet werden müssten. Alles Folgekosten, die letzten Endes wieder auf den Bürger zurückfallen dürften und die bereits schwindelerregend steigenden Bauland- und Wasserkosten weiter anheizten.

Am meisten ärgert Siden-Präsident Ali Kaes jedoch die „dogmati-

„An einem Strang“

Wasserwirtschafts

Im Gespräch mit dem „Luxemburger Wort“ verwarft sich der Direktor des Wasserwirtschaftsamtes, André Weidenhaupt, dieser Tage gegen die Vorwürfe, seine Verwaltung sei stur und dogmatisch. Zwar sei ihm bewusst, dass das Thema der Wasserableitung in den Neubaugebieten kontrovers diskutiert wird, allerdings habe er den Eindruck, dass das Wasserwirtschaftsamt bei der Suche nach einem Konsens sehr wohl Bewegung an den Tag lege.

„Regenwasserleitfaden
wird überarbeitet“

Schließlich sei man bereit, den sogenannten Regenwasserleitfaden, auf dem die Vorgehensweise des Amtes basiert, nochmals zu überarbeiten. Dafür brauche es aber auch Entgegenkommen der anderen Gesprächspartner, so der Direktor, der es eher differenziert sieht, dass sich den Kritiken des Abwassersyndikats Siden u. a. auch die Präsidenten von Aluseau und Syvicol sowie andere Institutionen unisono anschließen. So entsprächen die geäußerten Ansichten mancher Vorsitzender nicht unbedingt der Mei-

nung aller Mitglieder und Experten, meint André Weidenhaupt.

Zwar sei man im Hinblick auf eine nochmalige Überarbeitung des Leitfadens gern bereit, alle Einwände zu prüfen, so Weidenhaupt, der die Kritiken ansonsten jedoch gegenüber dem „Luxemburger Wort“ zumeist nicht nachvollziehen konnte. So seien etwa die Argumente der „Direction de la Santé“ des Gesundheitsministeriums bezüglich Gefahren und Hygiene der offenen Rückhaltebecken „unsachlich“. Wer hier auf Gefahren für Kinder oder Insektenbrutstätten hinweise, müsste alle stehenden Gewässer oder Tümpel im Lande zuschütten, so Weidenhaupt.

Und auch der Einwand, der Bau der zahlreichen Becken erfordere wertvolles Bauland und mache somit Druck auf die Preise, sei eine verzerrte Darstellung. Schließlich errichte man die Becken stets auf jenen 25 Prozent der Lotisementsfläche, die ohnehin für öffentliche Installationen abgetreten werden müssten. Wenn man dabei Rückhaltung und Spielplatz kombiniere, sei auch dies unbedenklich, schließlich seien die Flächen keine Weiher

nimmt schärfere Töne an

matismus“

Gefahren und Einwände zu ignorieren



Wohnsiedlungen erhitzt landesweit in den Rathäusern die Gemüter. (FOTO: SIDEN)

sche Verbohrtheit“ des Wasserwirtschaftsamtes, das sich offenbar für „unfehlbar“ halte und jegliche, obengenannten Einwände von Fachleuten aus dem In- und Ausland in „arroganter Weise“ ignoriere. „Anstatt gemeinsam mit den Gemeinden, Syndikaten und Promotoren pragmatische und sinnvolle Lösungen zu suchen, welche den jeweils spezifischen Begebenheiten vor Ort gerecht werden, nimmt das Wasserwirtschaftsamtsamt die Planung mittlerweile völlig allein in die Hand, indem es, an Gemeinden und

Syndikaten vorbei, Verhandlungen mit den Promotoren und Ingenieurbüros führt. Dabei untersteht die Federführung bei Planung und Bau per Gesetz immer noch ganz klar der Obhut der Gemeinden. Ebenso wie die Haftbarkeit für Unterhalt und Betrieb, was angesichts der angesprochenen Gefahren nicht unproblematisch ist“, so Kaes.

In ihrem offenen Brief hat das Siden vor kurzem denn auch gefordert, Planung und Bau der Regenrückhaltebecken künftig von den Gemeinden koordinieren zu lassen,

und statt der Vielzahl kleiner, dezentraler Becken innerhalb der jeweiligen PAPs in Zukunft größere, zentrale Becken an den natürlichen Tiefpunkten der Ortslagen anzustreben, gegebenenfalls, wie auch bei den Kläranlagen üblich, außerhalb des Bauperimeters.

Eine Zusammenlegung mehrerer PAPs mit gemeinsamer Rückhaltung, wie vom Innenministerium als Kompromiss angedacht, sei dagegen in der Praxis illusorisch, schließlich könne man den Eigentümer eines Bebauungsgebiets an einem natürlichen Tiefpunkt wohl kaum juristisch zwingen, sein Baugrundstück mit der Errichtung einer zentralen Rückhaltung für andere PAPs zu belasten, so Siden-Ingenieur Roland Schaack.

Weiterhin hätten die zentralen Rückhaltebecken den Vorteil, dass sie durch ihre Größe eher einem klar außerhalb des Wohngebiets in die Landschaft integrierten Teich gleichen, der nicht nur besser erkennbar und für Kinder weniger gefährlich sei, sondern auch, entgegen kleinen sumpfigen Becken, auch viel weniger Insekten und Geziefer anziehe. Abgesehen davon könnten die Rückhaltebecken heutzutage gegebenenfalls aber auch völlig ohne offene Punkte gestaltet werden, zumal Fehlanlüsse mit der verbreiteten Kameratechnik ohnehin viel besser zu erkennen seien. „Dass eine zentrale Gestaltung größerer Rückhaltebecken sinnvoll durchführbar ist, zeigen uns die ausländischen Fachkollegen, ob in Belgien oder Deutschland, allenthalben“, so die Verantwortlichen des Siden, man müsse nur „offen sein für Mitspracherecht und Verbesserungen“.

■ www.siden.lu

ziehen bei Gewässerschutz“

amt bestreitet Vorwurf des Dogmatismus



Die Arbeitsweise des Wasserwirtschaftsamtes erfolge ganz im Sinne eines effizienten Gewässerschutzes, so Direktor Weidenhaupt. (FOTO: JOHN LAMBERTY)

oder Teiche, sondern nur sporadisch mit „etwas Wasser“ gefüllt, das dann aber auch ebenso rasch wieder ablaufe.

Des Weiteren sei die Anlegung zentraler Rückhaltebecken zur Re-

gruppierung mehrerer PAPs innerhalb des Bauperimeters juristisch ebenfalls kein Problem. Das Kommunalplanungsgesetz gebe den Gemeinden hierzu die Möglichkeit. Wolle man jedoch solche zentralen

Bauwerke in der angrenzenden Grünzone einrichten, müssten derweil die hierzu erforderlichen Gesetzesvorgaben im Bereich des Naturschutzes bzw. der kommunalen Landesplanung erfüllt werden.

Zentrale Rückhaltungen in der Grünzone seien aber ohnehin nicht üblich, so Weidenhaupt. Der Regenwasserleitfadens basiere schließlich auf der Vorgehensweise und dem Stand der Technik im deutschsprachigen Ausland und anderswo – auch wenn das Siden dies bestreiten wolle.

Dass rasch ein Konsens gefunden werden muss, dessen ist sich aber auch der Direktor des Wasserwirtschaftsamtes bewusst: „Bis 2015 sollten unsere Gewässer laut EU-Direktive eigentlich in einem guten Zustand sein. Zurzeit ist dies aber gerade einmal für sieben Prozent der Fall. Luxemburg steht hier ganz einfach mit dem Rücken zur Wand. Im Sinne des Gewässerschutzes müssen wir daher rasch handeln und hierzu müssen alle Akteure schnellstmöglich an einem Strang ziehen.“ (jl)

■ www.waasser.lu

LEITARTIKEL

Turbulenzen

Am Dienstag jährt sich zum zehnten Mal die schlimmste Tragödie der luxemburgischen Luftfahrtgeschichte. Infolge einer Verkettung unglücklicher Umstände, ausgelöst auch durch menschliches Versagen, ließen 20 Menschen beim Fokker-Absturz am 6. November 2002 ihr Leben.



„Modell Luxemburg oder oft Konsens und nicht oft Kompetenz.“

MARC SCHLAMMES

Auch wenn die Wunden nie ganz verheilen und tiefe Narben hinterlassen, dürften die Verantwortlichen der nationalen Passagierairline in diesen tristen Tagen Sorgen ganz anderer Art quälen. Im November 2012 geht es um das wirtschaftliche Schicksal der Luxair – und, damit einhergehend, um das Schicksal Tausender von Arbeitnehmern und deren Angehörigen. Mit diesen Sorgen steht die Luxair-Spitze nicht allein da am Flughafen Findel. Auch Luxemburgs Frachtfluggesellschaft ist heftigen finanziellen und ökonomischen Turbulenzen ausgesetzt. Wie bei Luxair ist bei Cargolux nicht gewusst, wie diese Turbulenzen möglichst schadlos durchfliegen werden können – anhand einer „strategic review“ soll zumindest der Kurs festgelegt werden. Dafür meinen manche aber zu wissen, wer in der Causa Cargolux der Schuldige ist bzw. der Sündenbock: die Geldgeber vom Golf.

Auf den ersten Blick erscheint dieser Eindruck nachvollziehbar. Zum einen umweht die Vereinbarung mit den Wüstensöhnen etwas Geheim-Verbergendes – was man von Regierungsseite (noch) nicht gewillt ist, zu entkräften. Zum anderen bewirkt das forsch-aggressive Vorgehen der kapitalstarken Katarer im beschaulich-trägen Modell luxemburgischer Prägung einen Kulturschock. Mit rassistischen Reaktionen als einer fatalen Folge, wie unlängst durch den OGBL-Luftfahrtsprecher geschehen.

Und bei genauerer Analyse? Gründen die Wurzeln des Übels nicht gerade in jenem oft auf

Konsens und weniger oft auf Kompetenz Wert legenden luxemburgischen Modell? Natürlich trägt das sich im Umbruch befindliche Umfeld, in dem sich weltweit viele (zu viele?) Akteure am Himmel bewegen, zur Problematik bei. Noch ist dieses Kapitel der Konsolidierung nicht abgeschlossen und wird Opfer abverlangen. Am wenigsten bei jenen, die ihre Hausaufgaben gemacht und sich angemessen auf die Herausforderungen von morgen vorbereitet haben.

Aus dieser Warte betrachtet erweisen sich Luxemburgs Nationalairlines als eher schlechte Schüler. Trauriger Tiefpunkt waren die aufgedeckten Absprachen – mit ihren Auswirkungen auf das Finanzvermögen der Frachtairline. Sollen die passenden Lehren gezogen werden, muss die strategische Prüfung auch eine eingehende-ehrlche Vergangenheitsbewältigung beinhalten. Dabei gehört auch die Rolle des Staats auf den Prüfstand, finanziell und politisch.

Finanziell als Anteilseigner bei Luxair und Cargolux. Seinen Spielraum sollte der Staat im Interesse der Airline und ihrer Arbeitnehmer nutzen – nicht nur dann, wenn Personalpolitik praktiziert werden soll. Was soll man z. B. davon halten, dass an der Spitze des Luxair-Verwaltungsrats jener Ex-Politiker gelandet ist, der einst als Lokalpolitiker den Flughafen auf einen City-Airport reduzieren wollte?

Politisch steckt der Staat die Rahmenbedingungen am Findel ab, Beispiel Nachtflugverbot. Einseitige Interessenwahrung ist dabei fehl am Platz, führt sie doch geradewegs zur Schiefelage.

■ marc.schlammes@wort.lu

DER KOMMENTAR

Von Lähmung zu Lösung

Zugegeben: Der Laie dürfte Streitfragen über Regenrückhaltebecken, Misch- oder Trennsysteme auf den ersten Blick wohl am ehesten als professorale Expertenfehde abtun. Dennoch hat die Beantwortung dieser Fragen auch für den Laien reale Konsequenzen, etwa auf die Lebens- und Wohnqualität in Baugebieten oder auf das Vorankommen unseres Landes in Sachen Gewässerschutz. Nun soll weder den einen noch den anderen Experten abgesprochen werden, dass ihnen diese Anliegen am Herzen liegen. Mehr als deutlich ist aber, dass derzeit, trotz des gegenseitigen Aufrufs zum Entgegenkommen, Lähmung statt Lösungssuche herrscht. Und die Debatte scheint geradezu exemplarisch für die stets wiederkehrende Diskre-

panz zwischen der Theorie von Gesetzes- und Direktivenvorgaben und der Praxis einer sinnvollen Umsetzung an Ort und Stelle zu sein. Nur, an einer raschen Einigung zwischen den Akteuren der nationalen Wasserpolitik führt letztlich kein Weg vorbei, steht Luxemburg doch bei den geforderten Bemühungen um eine unbedenkliche Gewässerqualität tatsächlich mit dem Rücken zur Wand. Ein Vermittler muss her, und Jean-Marie Halsdorf müsste als Minister für Gemeinden und Wasserwirtschaft eigentlich der Geeignete für diesen Job sein. Bis 2015 alle Gewässer in einen guten Zustand zu versetzen, scheint zwar illusorisch. Von der unermüdlichen Anstrengung dieses Ziels entbindet es dennoch nicht ... JOHN LAMBERTY